

Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Finanzkommission

vom: 5. Februar 2009

zur Vorlage Nr.: [2008-194](#)

Titel: **Motion [2005/320](#) der SVP-Fraktion betreffend «Senkung der Staatsquote»**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Finanzkommission an den Landrat

Bericht zur Motion 2005/320 der SVP-Fraktion betreffend «Senkung der Staatsquote»

Vom 5. Februar 2009

1. Ausgangslage

Am 14. Dezember 2005 hat die SVP-Fraktion die Motion [2005/320](#) betreffend «Senkung der Staatsquote» eingereicht, welche am 11. Mai 2006 an den Regierungsrat überwiesen wurde.

Der Regierungsrat wurde mit dieser Motion beauftragt, «... einen Bericht vorzulegen, wie er den Trend steigender Staatsquoten im Sinne des Regierungsprogramms brechen wird und welche Massnahmen er dazu ergreift bzw. dem Landrat beantragt.»

Anlass für den parlamentarischen Vorstoss war die Entwicklung der Staatsquote im Kanton Basel-Landschaft in den Jahren 2000 bis 2005. In der Motion wird dargelegt, dass diese – entgegen dem im Regierungsprogramm 2004 - 2007 des Regierungsrates formulierten Ziel einer Stabilisierung/Senkung der Staatsquote – in den Jahren 2003 bis zum Budget 2006 um insgesamt 0.8 Prozentpunkte auf 16.8% angestiegen sei.

Mit der Antwort im vorliegenden Bericht beantragt der Regierungsrat, die Motion als erfüllt abzuschreiben.

2. Kommissionsberatung

Die Finanzkommission behandelte die Vorlage am 21. Januar 2009 im Beisein von Regierungspräsident Adrian Ballmer, Yvonne Reichlin, Finanzverwalterin, Roland Winkler, Leiter Finanzkontrolle, sowie von Roger Wenk, FKD, Leiter der Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft.

3. Begründungen zur Abschreibung

Mit der Staatsquote werden die Staatsausgaben in Beziehung zum Volkseinkommen angegeben. Die Staatsquote wird am stärksten durch konjunkturelle Schwankungen beeinflusst. Dies ist auch konkret im Kanton Basel-Landschaft zu beobachten: Auf Grund der guten Wirtschaftslage ist die Staatsquote ab dem Jahr 2006 gesunken.

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung können auch demografische, gesellschaftliche und soziale Trends mittelbare Auswirkungen auf die Staatsquote haben. Es kann festgestellt werden, dass aufgrund unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und Wertvorstellungen in verschiede-

nen Ländern eine jeweils unterschiedlich hohe Staatsquote resultiert.

Die Staatsquote ist eher ein Indikator als eine Planungsgrösse, denn die Möglichkeiten, die Staatsquote über die Ausgaben (Zähler) zu steuern, sind den konjunkturellen Schwankungen des Volkseinkommens (Nenner) eindeutig unterlegen.

Kaum durch die Staatsquote abgebildet werden die Effizienz der staatlichen Leistungen und die Ausführung der Aufgaben, die das Wirtschaftswachstum entscheidend beeinflussen.

In seiner Begründung zur Abschreibung der Motion kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass der Kanton Basel-Landschaft über ein ausreichendes Instrumentarium zur Steuerung der kantonalen Finanzen verfügt. Werden die gesetzlich und verfassungsmässig verankerten Grundsätze zur Haushaltführung konsequent angewendet, müssen zur Senkung der Staatsquote zum heutigen Zeitpunkt keine zusätzlichen Massnahmen eingeleitet werden.

4. Erwägungen der Kommission

Die Kommission bedankte sich zunächst für den ausgezeichneten, lehrreichen Bericht. Es war unbestritten, dass die Motion durch das Unterbreiten des Berichtes erfüllt ist.

Die Vertreter der SVP erklärten sich mit der Abschreibung denn auch einverstanden, liessen aber offen, ob die Motion nicht nur formell, sondern auch inhaltlich erfüllt sei. Sie führten den Rückgang der Staatsquote auf einen Zufall zurück; schliesslich war die konjunkturelle Entwicklung gut gewesen. Die Entwicklung der Staatsquote wird für sie ein Dauerthema bleiben.

Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass die Staatsquote keine Planungsgrösse, sondern ein Indikator ist. Wenn die Staatsquote beeinflusst werden sollte, dann sei es in erster Linie am Parlament, den Zähler entsprechend zu beeinflussen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass neben dem Parlament auch Regierung und Verwaltung in der Verantwortung stünden, da diese in der Art und Weise, wie sie die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen, über einen gewissen Spielraum verfügten.

Es gehe darum, konjunkturell adäquat zu handeln und vor allem darauf zu achten, dass die bestellten Leistungen effizient und gut erfüllt werden.

In der Kommission wurde auch der im Vergleich zu anderen Kantonen hohe Zentralisierungsgrad diskutiert (Aufgabenteilung Kanton / Gemeinden). Sie nahm zur Kenntnis, dass dieser die Höhe der Staatsquote beeinflusst. Es wurde angeregt, auf Ebene Parlament einmal eine grundsätzliche Diskussion darüber zu führen, welchen Zentralisierungsgrad der Kanton anstrebt.

5. Antrag

Die Finanzkommission spricht sich mit 8:0 Stimmen bei 1 Enthaltung dafür aus, die Motion 2005/320 als erfüllt abzuschreiben.

Binningen, 5. Februar 2009

Im Namen der Finanzkommission

Der Präsident:
Marc Joset